

Antwort auf die Anfrage der AfD-Ratsgruppe (Drucksachen-Nr. 6284/2020-2025) für die Sitzung des Rates am 15.06.2023

Thema:

Maßnahmen zur Islamismus-Prävention

Frage:

Was tut die Stadt Bielefeld, um archaisch-islamistischen, kulturell verankerten Positionen und Denk- und Handlungsmustern bei Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Stadt effektiv entgegenzuwirken?

Zusatzfrage:

Erfolgt im Rahmen etwaiger Bemühungen im obigen Sinne eine Kooperation mit Migrantenorganisationen und -vereinen und / oder islamischen Gemeinden und wenn ja, mit welchen?

Antwort:

Die beiden Fragen werden im Zusammenhang beantwortet:

In den vergangenen 50 Jahren ist in Bielefeld eine Vielzahl von Kulturvereinen sowie von islamischen Organisationen entstanden – insbesondere in Folge zu Zuwanderungsbewegungen. Die Hauptaufgabe der islamisch orientierten Vereine ist es, den Muslim*innen die Ausübung ihrer Religion durch die Schaffung von Gebetsstätten zu ermöglichen. Viele Vereine sind zudem religiöse Bildungsstätten, dienen der Traditionspflege und sind ein Ort der Begegnung. Zunehmend beteiligen sich manche Vereine – vor allem die größeren – auch am gesellschaftlichen Leben im jeweiligen Stadtbezirk und darüber hinaus (z. B. durch interreligiöse Veranstaltungen, gemeinsames Fastenbrechen, Tagen der Offenen Tür, Teilnahme an Stadtteilkonferenzen und Stadtteilfeiern).

Nicht alle, aber viele Moscheevereine sind Mitglied in Dachverbänden, die z.T. aus dem Ausland unterstützt werden. Das Verhältnis von deutschem Staat und Islam (und den Moscheevereinen) ist immer noch in der Entwicklung und Gegenstand von politischen Diskussionen (z.B. bezüglich der Ausbildung von Imamen, der Gründung von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder des Umgangs mit islamischen Feiertagen). Der gesellschaftliche Aushandlungsprozess, der mit der Zunahme an religiöser und kultureller Vielfalt verbunden ist, ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen und spiegelt sich auch in Bielefeld wieder.

In Bielefeld sind viele der Gemeinden in dem Bündnis islamischer Gemeinden in Bielefeld e.V. (BIG) organisiert (www.big-bielefeld.de/vereine/).

Die Verwaltung hat schon seit vielen Jahren den Kontakt zu den Gemeinden der muslimischen Community und somit die religiösen und politischen Entwicklungen im Blick. Das Dezernat für Soziales und Integration sucht auch aktuell immer wieder den Kontakt zu

Moscheegemeinden – insbesondere jenen, die sich bereits aktiv am stadtgesellschaftlichen Leben beteiligen.

Das Dezernat verfolgt dabei mehrere Ziele:

- besseres gegenseitiges Kennenlernen zwischen Verwaltung und Verantwortungsträger*innen der Moscheevereinen,
- Abbau von Fremdheit zwischen den Moscheevereinen (und ihren Mitgliedern) und der nicht-islamischen Mehrheit der Stadtgesellschaft,
- Anerkennung und Wertschätzung des kulturellen und sozialen Beitrags, den Moscheegemeinden für ihre Mitglieder sowie für die Stadtgesellschaft leisten, und
- Weiterentwicklung der vertrauensvollen Gesprächsbasis – um einerseits die berechtigten Interessen der Vereine zu hören und andererseits Erwartungen des Staats bzw. der Stadtgesellschaft direkt adressieren zu können (zuletzt bezüglich der Forderung, auf türkischen Wahlkampf in den Bielefelder Moscheen zu verzichten).

Der Verwaltung ist bewusst, dass es unterschiedliche Strömungen im Islam gibt. Selbstverständlich achtet das Dezernat für Soziales und Integration darauf, durch den Kontakt vor allem diejenigen Organisationen und Verantwortungsträger*innen zu stärken, die sich besonders stark für die Teilhabe der Mitglieder an unserer gemeinsamen Stadtgesellschaft engagieren und für einen offenen Austausch stehen. Der Kontakt kann und muss nicht spannungsfrei verlaufen.

Über das vom Kommunalen Integrationszentrum begleitete Netzwerk der Migrantenorganisationen und die Stadtteilarbeit werden islamische Gemeinden in das Zusammenleben in der Stadt eingebunden, z.B. in der Flüchtlings- oder Senior*innenarbeit oder in Stadtteilkonferenzen Bielefelds. Das Dezernat arbeitet dabei an vielen Stellen mit dem Vorstand und weiteren Mitgliedern des Integrationsrats zusammen.

Der Teilhabefonds fördert Einzelmaßnahmen und Projekte, die Begegnung, Austausch und Integration legen. Antragsteller sind häufig soziale Träger.

Vereinzelte werden auch integrations- und begegnungsorientierte Maßnahmen von Moscheegemeinden über den Teilhabefonds gefördert. Für 2023 ist vorgesehen, die Vatanmoschee e.V. beim Projekt „Interkultureller Stadtteilbrunch“ sowie das Bündnis Islamischer Gemeinden bei der Gestaltung des 3. Oktober als Tag der Offenen Moschee mit erweiterten Angeboten zu fördern. Zudem wird das Islamische Zentrum bei jugendorientierten Angeboten unterstützt (Workshops zum Thema Nachhaltigkeit und zum Thema Rassismus).

Ein wichtiger Teil der Islamismus-Prävention ist die Beratungsstelle „Wegweiser“ (getragen in Kooperation vom AWO Kreisverband und AWO-Bezirksverband OWL). „Wegweiser“ ist ein Präventionsprogramm des Landes NRW, das den Einstieg in den extremistischen Islamismus verhindern soll: durch Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, bei denen die Gefahr einer Radikalisierung besteht. Das Programm bietet Workshops und Fortbildungen an, berät das Umfeld der Jugendlichen und arbeitet mit der Verwaltung zusammen.

Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter